

**Interview**  
**11. Februar 2022**

### **Emmi Zeulner im Gespräch mit Sandra Schulz**

**Sandra Schulz:** Die einrichtungsbezogene Impfpflicht bleibt weiter Thema und wir können darüber jetzt sprechen. Am Telefon ist Emmi Zeulner, für die CSU im Bundestags-Gesundheitsausschuss und ausgebildete Krankenschwester. Eins will ich noch vorwegschicken: Bei der Abstimmung über die einrichtungsbezogene Impfpflicht Ende des Jahres hat sie, anders als die große Mehrheit in ihrer Fraktion, dagegen gestimmt. – Schönen guten Morgen!

**Emmi Zeulner:** Guten Morgen!

**Schulz:** Lassen Sie uns erst mal auf die erwartete Entscheidung aus Karlsruhe schauen. Womit rechnen Sie?

**Zeulner:** Ich muss noch klarstellen: Ich habe nicht dagegen gestimmt, sondern ich war quarantänebedingt nicht bei der Abstimmung dabei, hätte aber dagegen gestimmt, weil ich auch gegen eine allgemeine Impfpflicht bin.

**Schulz:** Okay! – Danke für die Klarstellung.

**Zeulner:** Bei dem Thema der sektoralen Impfpflicht, was in Karlsruhe heute, glaube ich, um 9:30 Uhr verkündet werden soll, ist es wichtig, dass wir die Debatte jetzt noch mal miteinander führen, denn es ist schon so, dass das, was unser Ministerpräsident in Bayern ausgesprochen hat, dass es so, wie es jetzt angelegt ist, noch zu viele offene Fragen gibt, das sagen viele hinter vorgehaltener Hand, angefangen von den Länder-Gesundheitsministern, aber auch viele Kollegen haben das gesagt. Bei der Abstimmung im Deutschen Bundestag haben sehr, sehr viele Kollegen – und das ist protokollarisch hinterlegt – persönliche Erklärungen zur Abstimmung abgegeben, weil die Idee der sektoralen Impfpflicht und auch die Schnelligkeit immer die war, dass eine allgemeine Impfpflicht ganz zeitnah folgen wird. Das ist jetzt im Moment die Schwierigkeit, dass wir absehen können, dass es dafür wahrscheinlich keine Mehrheit im Deutschen Bundestag gibt.

**Schulz:** Sagen Sie noch kurz etwas zu meiner Frage. Was denken Sie, was wird das Bundesverfassungsgericht machen?

**Zeulner:** Im Moment ist es so, dass viele Juristen sehr kritisch auf das Ganze schauen. Ich bin jetzt keine Richterin, bin auch keine Juristin. Deswegen kann ich nur schwer dem Ganzen vorgreifen. Aber es ist so: Falls es kommen sollte und falls die sektorale Impfpflicht umgesetzt wird, dann wird es in einer angespannten Situation – und dafür brauche ich auch kein Justizminister sein – wo jetzt schon Betten nicht belegt werden können, weil die Pflegekräfte fehlen, zu einer weiteren Verschärfung in einem bereits sehr, sehr angespannten Bereich kommen. Deswegen kann ich mir nur erhoffen, dass es absolut folgerichtig ist, dass die sektorale Impfpflicht dann auch ausgesetzt wird, denn das ist auch der Wunsch - man hat sich ja vorgenommen, man hört zukünftig mehr auf die Pflege – von verschiedenen Pflegeverbänden, die immer gesagt haben, einer allgemeinen Impfpflicht steht man offen gegenüber, aber eine sektorale Impfpflicht wird zu einer Verknappung und einer Verschärfung der wichtigen Ressource Personal führen. Das lehnt man ab.

**Schulz:** Wobei Markus Söder beides will, und man muss auch noch mal ganz klar sagen, auch im Bundesrat hat Bayern zugestimmt. Verfassungsrechtliche Zweifel sind meines Wissens mit keiner Silbe formuliert worden. Das ist jetzt eine eher überraschende Wendung, dass diese Eilentscheidung für heute Vormittag angekündigt wurde.

Markus Söder hat Anfang der Woche, als noch keiner was wusste von dieser Verfassungsgerichtsentscheidung, gesagt: Wir setzen das de facto aus. – Gelten Gesetze, die der Deutsche Bundestag beschlossen hat, in Bayern grundsätzlich noch?

**Zeulner:** Der Kollege Buschmann – das hat man ja jetzt erlebt – und alle Buschmänner dieser Welt, die reden nicht am Thema. Uns geht es doch gar nicht darum, dass wir sagen, wir wollen uns nicht an Recht und Gesetz in Bayern halten.

**Schulz:** Aber das ist ja Thema durch die Äußerung von Markus Söder. Der sagt, wir halten uns nicht daran.

**Zeulner:** Nein, sondern er hat ganz klar formuliert – und das ist ja auch meine Forderung – und man tut ja jetzt so, dass in der Pandemie nicht schnell Gesetze auch geändert werden können. Natürlich haben wir das gemacht. Wir haben in der letzten Legislatur noch Wochenend-Sitzungen gehabt und haben von einem Tag auf den anderen Gesetze geändert, und das ist doch die Forderung. Wir stehen jetzt in der Debatte, die künstlich hochgezogen wurde, weil man sagt, wir wissen, dass die einrichtungsbezogene Impfpflicht schwierig ist. Wir haben ja nicht mal Daten in den Landkreisen. Wie viele fallen überhaupt aus an Pflegekräften? Wie viele zusätzliche Betten sind denn gesperrt? – Deswegen finde ich es inhaltlich wichtig und darum geht es mir.

**Schulz:** Die inhaltlichen Argumente sind auch absolut wichtig. Aber viele Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die es gewohnt sind, sich an geltende Gesetze zu halten, die fragen sich jetzt natürlich, der bayerische Ministerpräsident kündigt an, ein de facto geltendes Gesetz erst mal nicht anzuwenden, kann ich das als Bürgerin künftig auch so halten, neue Regelungen im Straßenverkehr, ich habe dazu noch Fragen, ich halte mich jetzt erst mal für ein paar Wochen nicht daran.

**Zeulner:** Nein! Das hat er so auch nicht gesagt und auch nicht im Kontext so gesagt, sondern ich war ja dabei bei den entscheidenden Sitzungen im Parteivorstand und auch ich habe darum geworben, dass man sich das Thema noch mal dringend anschauen muss, weil es geht um die Versorgung. Das ist mir als gelernte Krankenschwester einfach zu abstrakt. Jetzt wird versucht, das aufzubauen, dass man sich nicht an Recht und Gesetz halten würde. Darum geht es doch gar nicht. Es geht darum, dass wir die Versorgungslage in den Krankenhäusern nicht weiter verschärfen wollen. Es geht darum, dass der Kanzler ganz klar gesagt hat, die einrichtungsbezogene Impfpflicht wird nur vorgezogen, damit die allgemeine Impfpflicht kommen kann. Jetzt sind wir in der Situation, dass die allgemeine Impfpflicht keine Mehrheit hat in der Ampel-Regierung. Deswegen ist man ja in die Breite gegangen und hat gesagt, man nimmt Anträge aus dem Parlament an, weil man keine eigene Ampel-Mehrheit hat. Deswegen finde ich es so tragisch, weil hier entsteht ...

**Schulz:** Lassen Sie mich da bitte noch mal zwischenfragen, weil es ja ein komplexes Thema ist, und wie es komplexe Themen so an sich haben, geht es nicht nur um einen Punkt, sondern es ist vielschichtig. – Das Gesetz sagt ganz klar, dass Personen, die in diesen Einrichtungen arbeiten, in Krankenhäusern, in Pflegeeinrichtungen, ab dem 16. März geimpft sein müssen. Da ist keine Frage offengelassen. Mir geht es jetzt noch mal um dieses Signal der bayerischen Staatsregierung. Gerade in der Corona-Zeit ist es ja unheimlich wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger mitziehen. Warum geht eine Regierung, eine Landesregierung da nicht mit gutem Beispiel voran?

**Zeulner:** Es steht da drin, dass ein Betretungsverbot ausgesprochen werden kann. Es ist eine Kann-Bestimmung.

**Schulz:** Was drinsteht habe ich gerade vorgelesen. Die müssen geimpft und genesen sein, steht im Gesetzestext.

**Zeulner:** Ja! Aber das ist ja die Frage des Vollzugs. Es hilft ja nichts. Am Ende des Tages muss es ja umgesetzt werden. Deswegen liegt es wieder bei den Landratsämtern und deswegen hat der Städtetag zurecht, als es um die Einführung des Gesetzes ging, darauf hingewiesen: Wer muss denn am Ende des Tages wieder umsetzen und dieses Betretungsverbot beispielsweise aussprechen, und zwar mit einer Kann-Bestimmung. Auch das steht im Gesetz, nämlich es sind am Ende die Gesundheitsämter, die eh schon überlastet sind. Deshalb ist es so, dass wir jetzt an dem Punkt sind, wo nicht die Verbindung zwischen sektoraler Impfpflicht und allgemeiner Impfpflicht zusammengebunden ist. Das ist im Moment der Kernvorwurf und ich plädiere dafür. Ich kann verstehen, dass es jetzt um das Grundprinzip geht: Hält sich jetzt jemand an Gesetz oder nicht. Aber die Menschen spüren vor Ort, dass es nicht darum geht, und auch mir geht es nicht darum. Selbstverständlich halten wir uns ans Gesetz. Aber wir müssen diese Debatte jetzt aufmachen. Sonst verschärfen wir die Situation in den Kliniken, in den Einrichtungen um ein Weiteres. Mein Kernvorwurf ist, es ist mir wirklich ein großes Anliegen: Es sind die Helden der Pandemie und Karl Lauterbach als Gesundheitsminister hat geäußert, dass Pflegekräfte, die sich nicht impfen lassen, den falschen Beruf

gewählt haben. Diesen Beruf sollten sie gar nicht behalten oder sie verhalten sich nicht, wie es dem Beruf entspricht.

Aber ich möchte wirklich noch mal darum werben: Als es keinen Impfstoff gab, haben auch diese Pflegekräfte ihren Mann, ihre Frau gestanden und auch ihre Familien unter Druck gesetzt, indem sie nicht gewusst haben, wie komme ich heim, habe ich eine Infektion. Das ist die Tragik an dem Ganzen. Ich plädiere wirklich um Bodenständigkeit.

**Schulz:** Frau Zeulner! Entschuldigung, dass ich Sie noch mal unterbrechen muss, aber Sie müssen mir bitte auch die Gelegenheit geben, Fragen zu stellen. Ich merke, dass Sie ganz viele Punkte auf dem Zettel haben, aber das will ich auch noch mal genauer wissen. Diese Problematik mit den befürchteten Engpässen in den Einrichtungen, in den Heimen, die hängt ja eins zu eins damit zusammen, dass offensichtlich ein signifikanter Anteil dieses Personals nicht geimpft ist. Wenn in Bayern alles so großartig läuft, wie der Landesvater, wie der bayerische Ministerpräsident Markus Söder immer wieder sagt, warum sind dann so viele in diesem Bereich, die mit den vulnerabelsten Personen zusammenarbeiten, ungeimpft?

**Zeulner:** Wir haben ja keine Zahlen. Das ist ja unser Thema. Es gibt ja keine Abfrage. Ich kenne keinen Landkreis, der das wirklich in allen Einrichtungen macht, und da geht es auch um die Einrichtungen der Eingliederungshilfe in Teilen. Ich kenne keine belastbaren Zahlen. Deswegen fordern wir beispielsweise als Union und ich persönlich auch ein Impfportal, nicht um eine Impfpflicht zwingend einzuführen, sondern wo mal Daten wirklich verlässlich mal aufgeschrieben sind. Das Problem ist doch: Wenn ich sage, 90 Prozent sind geimpft – es sind auch mehr geimpft, als in der Statistik dargestellt ist. Das hat ja auch das RKI gesagt, dass fünf Prozent wahrscheinlich mehr geimpft sind, weil nicht alle erfasst wurden. Aber dann muss ich mir doch die Frage stellen: Wenn ich bereits im Krankenhaus Betten geschlossen habe und ich habe 90 Prozent der Belegschaft geimpft und zehn Prozent sind es beispielsweise nicht, kann ich mir denn weitere fünf Prozent leisten und dadurch die Arbeitslast der verbleibenden 90 oder 95 weiter erhöhen? Darum geht es mir und da ist die Frage.

**Schulz:** Das Problem behauptet Markus Söder möglicherweise nur, wäre die Frage. – Ich muss mit Ihnen noch weitergehen zu dem nächsten Punkt: die allgemeine Impfpflicht. Da war Markus Söder ja auch einer der allerersten, die gesagt haben, das brauchen wir jetzt. Ich weiß, dass Sie auch dagegen sind. Sind das jetzt gute Tage für Sie, weil Sie ahnen, dass Markus Söder mit diesem Schritt, den er Anfang der Woche gemacht hat, insgesamt die Impfpflicht versenkt hat?

**Zeulner:** Ich bin selber geimpft und auch geboostert, bin überzeugt von der Impfung als gelernte Krankenschwester. Und ich habe mich impfen lassen nicht für irgendeinen Politiker, sondern weil ich davon überzeugt bin. Mir geht es da nicht um gute oder schlechte Tage. Das ist überhaupt nicht das Thema, sondern wir sind eine Gemeinschaft in unserem Land und wir erleben doch alle – das ist meine größte Sorge und deswegen bin ich vor allem gegen eine allgemeine Impfpflicht –, dass die Spaltung in unserem Land leider jetzt noch mal befördert wird, indem wir genau wissen, wie die Mehrheitsverhältnisse in Berlin sind. Es gibt keine Mehrheit für die allgemeine Impfpflicht im Sinne eines Kanzlers Scholz und eines Gesundheitsministers Lauterbach. Deshalb ist es im Moment so, dass ich glaube, dass wir diese Debatte versachlichen müssen.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*